



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Initiative 27. Januar e. V. und
Honestly Concerned e. V.**

I. Fragen zu den deutsch-israelischen Beziehungen

Frage I.1

Ist der 70. Staatsgründungstag Israels im Mai 2018 ein Grund, in Deutschland zu feiern?

Antwort

Ja, absolut.

Frage I.2

Stimmen Sie der Aussage von Bundeskanzlerin Merkel zu, dass die Sicherheit Israels Teil deutscher Staatsräson ist?

Antwort

Ja, absolut.

Frage I.3

Sollte Deutschland eine besondere Priorität darauf legen, die bilaterale Zusammenarbeit mit Israel auf den vielfältigen Ebenen weiter auszubauen?

Antwort

Ja, absolut.

Frage I.4

Befürworten Sie deutsche Rüstungsexporte nach Israel?

Antwort

Ja, absolut.

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zu den deutsch-israelischen Beziehungen (Themenbereich I)

CDU und CSU bekennen sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem, demokratischem Staat. Die deutsch-israelische Partnerschaft ist vor dem Hintergrund des Zivilisationsbruchs der Schoah durch das nationalsozialistische Deutschland schon fast ein Wunder. Sie muss auch künftig sorgfältig gepflegt werden. Daher ist der 70.Staatsgründungstag Israels im Mai 2018 ein Grund, auch in Deutschland zu feiern. Wir wollen aufbauend auf den regelmäßigen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen die bilaterale Zusammenarbeit mit Israel auf den vielfältigen Ebenen auch mit Zukunftsprojekten weiter ausbauen. Das gilt auch für das sehr enge zivilgesellschaftliche Beziehungsgeflecht Deutschlands mit Israel. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns Teil der deutschen Staatsräson und daher für uns nicht verhandelbar. Deutsche Rüstungsexporte müssen der Sicherheit Israels dienen.

II. Fragen zum Antisemitismus in Deutschland

Frage II.1

Der aktuelle Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus nennt als zentrale Forderung die Berufung eines eigenen Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung im Bundeskanzleramt. Befürworten Sie dies?

Antwort

Keine Meinung.

Frage II.2

Sind Anti-Israelismus und Antizionismus Ihrer Einschätzung nach Formen von Anti-Semitismus?

Antwort

Ja, absolut.

Frage II.3

Sind Ihrer Meinung nach Aufrufe zu Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen gegen Israel antisemitisch?

Antwort

Tendenziell ja.

Frage II.4

Viele der Flüchtlinge, die in den letzten zwei Jahren nach Deutschland gekommen sind, stammen aus islamisch geprägten Herkunftsländern, in denen ein allgemeiner Hass gegen Juden und Israel herrscht. Sehen Sie eine große gesellschaftliche Herausforderung im „importierten Antisemitismus“?

Antwort

Tendenziell ja.

Frage II.5

Ist es Ihrer Meinung nach wichtig, das Gedenken an den Holocaust noch an heutige junge Menschen in Deutschland weiter zu vermitteln?

Antwort

Ja, absolut.

Frage II.6

Stimmen Sie der Arbeitsdefinition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) bezüglich Antisemitismus, die auf der Arbeitsdefinition der EUMC (European Parliament Working Group on Antisemitism) basiert, zu?

Antwort

Ja, absolut.

Frage II.7

Im November 2008 haben die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag, der vom Bundestag in dieser Form verabschiedet wurde, gefordert, „den Kampf gegen Antisemitismus (zu) verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern.“ Im Rahmen dieses Antrags wurde die Verwendung einer (der späteren IHRA-Arbeitsdefinition ähnlichen) Definition von Antisemitismus für die Arbeit staatlicher Behörden sowie eine Reihe anderer Maßnahmen von der Bundesregierung gefordert: Unterstützen Sie eine vollständige Umsetzung dieses Antrags?

Antwort

Ja, absolut.

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zum Antisemitismus in Deutschland (Themenbereich II)

CDU und CSU vertreten die Meinung, dass zu Forderungen, die auf neue staatliche Funktionen und Strukturen abzielen, die neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl die notwendigen Entscheidungen treffen soll.

Anti-Israelismus und Antizionismus sind unserer Einschätzung nach Formen des Antisemitismus, weil sie Israel das Existenzrecht absprechen. Bewusst oder unbewusst läuft eine solche Position auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden und eine damit verbundene Verfolgung hinaus. Aufrufe zu Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen gegen Israel schwächen die Sicherheit Israels und sind häufig Ausdruck eines Anti-Israelismus.

CDU und CSU sehen eine große gesellschaftliche Herausforderung im „importierten Antisemitismus“. CDU und CSU treten jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegen – ganz gleich ob die antisemitische Gefahr von muslimischen Zuwanderern oder Rechtsextremen droht. Für Judenhass, Antisemitismus und Anti-Israelismus ist in Deutschland kein Platz!

Es gehört zu unserer historischen Verpflichtung, die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus und der Schoah wachzuhalten und auch an junge und nachfolgende Generationen weiterzugeben. Diesem Ziel fühlen wir uns besonders nach dem Ableben der Erlebnisgeneration verpflichtet.

Die Arbeitsdefinition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) bezüglich Antisemitismus ist eine gute Grundlage, um antisemitische Vorfälle zu erkennen, zu dokumentieren. Sie kann auch als Ausgangspunkt für die Erarbeitung gesetzgeberischer Maßnahmen gegen den Antisemitismus dienen. Wir fühlen uns weiterhin verpflichtet, den Antrag „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ vollständig umzusetzen.

III. Fragen zu Ansätzen für eine Friedensregelung im Arabisch-Israelischen Konflikt

Frage III.1

Stimmen Sie der Aussage zu, dass direkte bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nötig sind, um zu einer Einigung zu kommen?

Antwort

Ja, absolut.

Frage III.2

Sind Sie für die einseitige Anerkennung eines Palästinensischen Staates, d. h. vor einer bilateralen Friedensregelung?

Antwort

Auf keinen Fall.

Frage III.3

Sind die jüdischen Siedlungen aus Ihrer Sicht das größte Hindernis zum Frieden im Nahostkonflikt?

Antwort

Eher nicht.

Frage III.4

Unterstützen Sie die Haltung, dass zu einer umfassenden Friedensregelung die Anerkennung Israels als „jüdischer“ Staat gehört?

Antwort

Ja, absolut.

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zu Ansätzen für eine

Friedensregelung im Arabisch-Israelischen Konflikt (Themenbereich III)

Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Wir treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein: mit Israel als jüdischen Staat in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat. Letztlich müssen Israel und Palästinenser selbst zu den schmerzhaften Kompromissen bereit sein, die eine dauerhaft tragfähige Friedenslösung mit sich bringt. Die internationale Gemeinschaft, etwa das Nahost-Quartett bestehend aus den USA, der EU, Russland und den Vereinten Nationen kann und soll den Friedensprozess begleiten und danach mit

Friedenstruppen absichern. Sie kann jedoch bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nicht ersetzen. CDU und CSU wollen, dass Deutschland und Europa dazu beitragen, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört es auch, dass Freunde und Verbündete offen notwendige Kritik üben - wie etwa an der Siedlungspolitik in der West Bank. Sie ist nicht das größte Hindernis zum Frieden im Nahostkonflikt, verstößt aber gegen internationales Völkerrecht und wird von den Palästinensern als Maßnahme wahrgenommen, einseitig Tatsachen zu schaffen. Auch andere einseitige Schritte lehnen wir ab, etwa die Anerkennung eines Palästinensischen Staates vor einer bilateralen Friedensregelung.

IV. Fragen zur Nahostpolitik

Frage IV.1

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und die PLO, beide unter der Führung von Mahmud Abbas, zahlen Gehälter an Terroristen und deren Familien. Zudem werden Schulen, Straßen, Einrichtungen und Veranstaltungen nach Attentätern benannt. Auch deutsche Steuergelder ermöglichen dies, u. a. durch Budgetentlastungen der PA. Sollten die deutschen Fördergelder als Druckmittel eingesetzt werden, um die PA von dieser Terrorismus-Glorifizierung abzubringen? Mit anderen Worten, sollte es Ihrer Meinung nach finanzielle Sanktionen gegen die PA geben, wenn diese ihre derzeitige Haltung nicht ändert?

Antwort

Tendenziell ja.

Frage IV.2

Laut einer UNESCO-Resolution vom Oktober 2016 sind Tempelberg und Klagemauer in Jerusalem ausschließlich heilige Stätten des Islam. Sehen Sie hierin einen geschichtsrevisionistischen Ansatz?

Antwort

Ja, absolut.

Frage IV.3

Halten Sie es für richtig, dass Deutschland sich bei Abstimmungen in der UN bezüglich Israels aufgrund seiner historischen Verantwortung im Zweifelsfall die Freiheit nehmen sollte, zugunsten Israels und gegen eine eventuelle EU-Mehrheit abzustimmen?

Antwort

Tendenziell ja.

Frage IV.4

Befürworten Sie erneute Wirtschaftssanktionen gegen den Iran, wenn sich dieser nicht an die Vereinbarungen des Atomabkommens hält?

Antwort

Ja, absolut.

Frage IV.5

Unterstützen Sie die Forderung nach einem konsequenteren Vorgehen deutscher Politik auf nationaler und internationaler Ebene gegen die Anstachelung und Erziehung zum Hass durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und der Hamas, wie sie sich beispielsweise in palästinensischen Schulbüchern, TV-Sendungen und Feriencamps zeigt?

Antwort

Ja, absolut.

Frage IV.6

Halten Sie eine Kennzeichnung von israelischen Produkten aus 1967 eroberten Gebieten für angemessen?

Antwort

Auf keinen Fall.

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen zur Nahostpolitik?**(Themenbereich IV)**

CDU und CSU lehnen Zahlungen der PLO an Terroristen oder deren Familien ab. Die Bundesregierung hat sichergestellt, dass die bilaterale Förderung Deutschlands an die Palästinenser nicht als Budgethilfe erfolgt. Sie geschieht ausschließlich über Projektzusammenarbeit.

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass die Bundesregierung bei Abstimmungen auf der Grundlage von Tatsachen abstimmt.

Handlungsvorschlägen soll die Bundesregierung nur zustimmen, wenn sie dem Frieden im Nahen Osten dienen. Im Zweifelsfalle soll Deutschland die besonderen Beziehungen zu Israel höher gewichten als der wünschenswerte Konsens der EU in außenpolitischen Fragen.

CDU und CSU befürworten ein entschiedenes Vorgehen deutscher Politik gegen die Anstachelung von Gewalt und die Erziehung zum Hass, auch im Falle der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und der Hamas.

CDU und CSU halten eine Kennzeichnung von israelischen Produkten aus 1967 eroberten Gebieten für nicht angemessen. Sie entspricht zwar formalem

Recht, aber die neue Kennzeichnungspflicht könnte zur Stigmatisierung dieser Produkte missbraucht werden. Stigmatisierungen und Boykotte sind jedoch kein geeignetes Mittel, den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern.